

Beschluss der Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

18./19. Mai 2000, Zwickau, Domgarten

Klimaschutz

E-1neu

Klimaschutz durch Ökologie und Wettbewerb

5 Klimaschutz ist für die sächsische Staatsregierung ein Fremdwort. Sie verringert ständig die Förderung bzw. Unterstützung der Markteinführung für erneuerbare Energien und vertritt seit Jahren eine Blockadehaltung gegenüber der Kraft-Wärme-Kopplung. Statt die Chancen dieser Zukunftstechnologien zu nutzen, kämpft die Regierung gegen Wind- und Wasserenergie sowie Kraft-Wärme-Kopplung. Seit dem Klimaschutzbericht von 1994 hat sich in Sachsen nichts getan, was den Namen Klimaschutzkonzept verdient hätte.

10 **Die Landesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen fordert deshalb von der sächsischen Staatsregierung**

- ein maßnahmenorientiertes Klimaschutzkonzept für Sachsen vorzulegen
- sich stärker als bisher für den Ausbau regenerativer Energien Solarwärme, Solarstrom, Windkraft, Wasserkraft, Biomassenutzung und Erdwärmenutzung in Sachsen einzusetzen. Insbesondere sind die Chancen für Industrie-, Gewerbe- und Forschungsansiedlung besser zu nutzen, um den Vorsprung der süddeutschen Länder bei Solarenergie und Biomassenutzung und der norddeutschen Länder bei Windkraft nicht weiter anwachsen zu lassen.
- 20 - den Erhalt und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung auch in dezentralen Anlagen sowie den Einsatz von Fern- und Nahwärme in Sachsen voranzutreiben.

25 Ökonomie und Ökologie sind keine Gegner, sondern Zwillinge. Wenn wir jetzt daran gehen, den Rahmen für einen Wettbewerb zu setzen, in dem ehrlich alle Kosten berücksichtigt werden, können wir beides erreichen: Reduktion der Umweltbelastung und Ausbau der mittelständischen Wirtschaftsstrukturen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung.

Klimaschutz verträgt keinen Aufschub

30 Beim Klimaschutz besteht dringender Handlungsbedarf. In Deutschland sind die CO₂-Emissionen im letzten Jahr erstmals seit 1990 wieder angestiegen. Ohne weiterführende internationale Maßnahmen besteht die Gefahr, dass die weltweiten CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 drastisch anwachsen. Die neueste Studie der UNO-Wissenschaftler (IPCC) warnt davor, dass die Klimakatastrophe schneller kommt als erwartet. Die Auswirkungen dieses weltweiten Bedrohung werden auch ganz konkret in Sachsen zu spüren sein. Eine neue Klimastudie für Sachsen, erstellt von der Freien Universität Berlin und präsentiert vom sächsischen Umweltminister, hat dies im November letzten Jahres wieder gezeigt. Für die nächsten 50 Jahre prognostiziert sie eine Zunahme der mittleren Jahrestemperatur, eine Zunahme der Sonnenscheindauer und einen Rückgang der jährlichen Niederschläge besonders während der Vegetationsperiode.

40 Zum einen stellt sich die rot-grüne Bundesregierung diesen Herausforderungen. Mit den seit dem Regierungswechsel eingeleiteten Maßnahmen werden gegenüber 1990 bis zum Jahr 2005 180 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Das nationale Klimaschutzprogramm schafft die Voraussetzung, zusätzlich rund 70 Millionen Tonnen einzusparen. Damit bestehen noch Chancen, das anspruchsvolle Ziel der CO₂-Reduzierung um 25 % bis 2005 zu erreichen.

Sachsen verschläft die Entwicklung bei Erneuerbaren Energien

Die sächsische Landesregierung wird ihren Aufgaben nicht gerecht. Beim Ausbau der Windkraft haben andere ostdeutsche Bundesländer Sachsen schon weit überholt. Während in Sachsen-Anhalt im letzten Jahr knapp 190 MW Windkraftanlagen installiert wurden, kam Sachsen nur auf 55 MW. Das liegt nicht an der mangelnden Bereitschaft der Sachsen, die Nutzung erneuerbarer Energien voranzutreiben. In den letzten zehn Jahren wurden 2000 Anträge zur Genehmigung von Windrädern gestellt. Positiv beschieden wurden dagegen nur 560. Bei der Fortschreibung von Regionalplänen wird die Ausweisung weiterer Vorranggebiete blockiert. Die Staatsregierung gibt ein widersprüchliches Bild ab. Auf der einen Seite fordert der Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft den weiteren Ausbau regenerativer Energien. Auf der anderen Seite setzt sich der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf intensiv gegen den Bau von neuen Windkraftanlagen ein. Noch restriktiver wird mit Wasserkraftnutzung verfahren, obwohl es z.B. bei Nutzung schon vorhandener Staustufen zu keinen zusätzlichen Beeinträchtigungen der natürlichen Gegebenheiten käme. Stattdessen lässt die Staatsregierung lieber die Landschaft für den Kohleabbau aufbaggern, auch wenn dabei ganze Dörfer vom Erdboden verschwinden und im Vergleich zu dezentralen Versorgungsstrukturen weit weniger Menschen Beschäftigung finden.

65 Ernsthafte Initiativen zur Nutzung des Biomassepotenzials gehen von der sächsischen Regierung ebenfalls nicht aus. In Österreich und in Bayern ist schon ein deutlicher Zuwachs an Wirtschaftskraft durch Energieproduktion in Land- und Forstwirtschaft zu verzeichnen. Auch hier verschläft Sachsen die Entwicklung.

KWK-Schutz ist Klimaschutz

70 Bei der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sieht die Situation ähnlich aus. In Sachsen wurden seit der Wende zahlreiche ökologisch und ökonomisch effiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen errichtet; vorrangig durch die Kommunen und z.T. gegen den Widerstand der sächsischen Staatsregierung. Die Kraft-Wärme-Kopplung ist – abgesehen von Erneuerbaren Energien – die klimafreundlichste Art der Energieerzeugung. Während bei herkömmlichen Kraftwerken gut zwei Drittel der eingesetzten Primärenergie als Abwärme vergeudet werden, nutzen moderne KWK-Anlagen 80 % und mehr der

eingesetzten Energie. Anders gesagt: bezogen auf die gleiche Menge Strom und Wärme wird nicht einmal halb so viel CO₂ ausgestoßen.

80 Diese umweltfreundliche Form der Energieerzeugung ist durch den derzeitigen Preiskampf am Strommarkt stark bedroht. Mit der schlagartigen Liberalisierung im Jahr 1998 hat ein intensiver Verdrängungswettbewerb begonnen. Insbesondere die großen Energiekonzerne nutzen Kraftwerksüberkapazitäten (1999 deutschlandweit 19 %) und Rückstellungen für Kernkraftwerke, um mit möglichst billigen Angeboten Konkurrenten zu verdrängen. In diesem Preiskampf werden KWK-Anlagen kleiner Anbieter stillgelegt oder zurückgefahren. Der Neubau von KWK-Anlagen wird schon gar nicht mehr in Angriff genommen.

85 Die rot-grüne Bundesregierung hat deshalb vor einem Jahr das Gesetz zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK-Gesetz) beschlossen. Das als Soforthilfe konzipierte Gesetz will zunächst die bestehende Kraft-Wärme-Kopplung in der allgemeinen Versorgung sichern. Jeder Betreiber, der ins öffentliche Netz einspeist, erhält einen Bonus von 2,5 Pf./kWh, der jährlich um 0,5 Pf. abgesenkt wird. Dieser Betrag deckt die Wirtschaftlichkeitslücke zwischen der umweltfreundlichen Stromerzeugung in KWK und den Dumping-Angeboten mit Billigstrom.

KWK ausbauen

95 Diese Ad-hoc-Regelung muss jetzt dringend durch ein Anschlussgesetz abgelöst werden, das nicht nur die Sicherung, sondern auch den Ausbau der KWK ermöglicht. Hierfür ist seit kurzem ein Bonus-Modell in der Diskussion. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und das Bundesumweltministerium sind der Auffassung, dass eigentlich eine Quotenregelung auf Grundlage eines Zertifizierungssystems das marktkonformste und effektivste Instrument ist, um die dringend notwendige zusätzliche KWK-Stromerzeugung zu erreichen. Diese Regelung scheiterte bisher am Widerstand der Stromkonzerne und der Kohleländer unter Führung von Nordrhein-Westfalen und der Ablehnung des Bundeswirtschaftsministeriums.

100 Bei einer Quotenregelung würde die Umweltdienstleistung der Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die gekoppelte Erzeugung von Strom- und Wärme, fair entlohnt. Das Zertifikats-Modell sieht vor, dass Betreiber einer KWK-Anlage je nach erzeugter Strommenge eine bestimmte Zahl von Zertifikaten erhalten. Andere Energieversorger, die selbst nicht genügend Strom effizient in KWK erzeugen (vorgesehen ist eine Mindestquote von rund 10 Prozent) müssen Zertifikate erwerben. Jährlich wird der Anteil des KWK-Stroms erhöht. Dadurch entsteht ein Markt für neue KWK-Anlagen. Da dieses Zertifikatsmodell offensichtlich durch die durch die Verbändevereinbarung zu einer neuen Bonusregelung vom Tisch ist, sehen wir Gefahr für den erweiterten Neubau von KWK-Anlagen insbesondere aber für dezentrale BHKW.

KWK - ein Gewinn für Sachsen

115 Die sächsische Staatsregierung wehrt sich massiv gegen den Ausbau der KWK durch einen Zertifikatshandel und hat dadurch zum bisherigen Scheitern dieser Regelung beigetragen. Wirtschaftsminister Kajo Schommer drohte mit dem Gang zum Bundesverfassungsgericht. Er verkennt dabei, dass er eigentlich im Interesse Sachsens für ein solches modernes und marktkonformes Umweltinstrument kämpfen müsste. Erlöse aus einem KWK-Zertifikatshandel würden den sächsischen Anlagenbetreibern zugute kommen. Diese ökologische Dividende würde ihnen den notwendigen Spielraum geben, um weitere KWK-Anlagen zu errichten.

120

125 Je nach Ausgestaltung des Zertifikatshandels hätten für Sachsen 3,3 bis 4,4 TWh erzeugter KWK-Strom in Anrechnung gebracht werden können (Stadtwerke ca. 3,3 TWh, Industrie und Auskopplung Lippendorf ca. 1 TWh). Das Stromaufkommen in Sachsen betrug 1999 (abzüglich Kraftwerkseigenverbrauch, Übertragungsverluste, Erzeugung aus regenerativen Energien) 17,2 TWh. Daraus ergibt sich ein KWK-Anteil von knapp 20 % im schlechtesten und 28 % im besten Fall.

130 Sachsen hat also seine KWK-Quote bei weitem übererfüllt. Sächsische Erzeuger könnten die überschüssigen Zertifikate in andere Bundesländer „exportieren“, die in ihren Anstrengungen zum ökologischen Umbau mit Hilfe der KWK weit hinter Sachsen herhinken. Mit der ökologischen Dividende, die Sachsen auf diese Weise erzielt, kann der ökologische Umbau der Energieversorgung weiter vorangetrieben werden, der durch den Preisverfall am Strommarkt ins Stocken geraten ist.

KWK schafft Arbeit vor Ort

135 Durch die Sicherung und den Ausbau von KWK, besonders für dezentrale Anlagen kann man Arbeitsplätze in Sachsen erhalten und neue schaffen. Denn der KWK-Strom muss naturgemäß „vor Ort“ hergestellt werden, da die Wärme im Gegensatz zu Strom nicht über große Entfernungen transportiert werden kann. Der KWK-Ausbau sichert also die Arbeitsplätze bei den Anlagenbetreibern vor Ort, durch den KWK-Zubau werden aber auch neue Arbeitsplätze geschaffen und neue Technologien entwickelt.

140 Besonders die stationäre Brennstoffzelle bietet interessante Innovationsfelder. Sicherung und Ausbau von KWK ist eine Chance für Stadtwerke, an der Umsetzung dieser Zukunftstechnologien federführend beteiligt zu sein.

145